

ZEITBÜHNE

Magazin für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

23 Jahre ZEITBÜHNE

23. Jahrgang Nr.5/2009

Euro 1,80

P.b.b. Verlagspostamt A-4400 Steyr
Zulassungs-Nummer GZ 02Z031261 M



Die Zukunft der Energieversorgung Oberösterreichs

Industrie: Aufbruch zur europäischen Spitze

**ÖVP erneuert schwarz-grüne Linkskoalition
Der Osten ein Jahr nach der Lehmann-Pleite
Über Sinn und Unsinn
von Klimaschutzmaßnahmen**

ZEITBÜHNE

Magazin für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

INHALT

KOMMENTARE

- 4 Verleumdung
- 5 Die unteschlagene Asymmetrie
- 6 Das Eis ist dünn
- 9 Die Zukunft der Energieversorgung
in Oberösterreich
- 28 Streit um UNESCO-Führung
- 28 Das BIP- eine fragwürdige Größe
- 28 Weltkulturerbe Tango
- 29 Der Osten ein Jahr nach der Lehmann-Pleite
- 29 Syrien und Saudi-Arabien auf Versöhnungskurs
- 30 Denkanstoß zur Pensions- und Steuerreform

7, 8 LESERMEINUNGEN

AUS DER INDUSTRIE

- 11 Aufbruch zur europäischen Spitze

AUS DER WIRTSCHAFT

- 13 Mobilität der Zukunft
mit Technik aus Oberösterreich
- 14 Greiner feiert 110 Jahre
- 14 Länderübergreifende Kriminalitätsbekämpfung
- 15 Der Betrug mit dem CE-Zeichen
- 15 Baxter-Plasmafraktionierungsanlage in Wien
- 16 Nachwuchssorgen in der IT-Branche
- 16 VKB-Bank: Höchste Kernkapitalquote
im Bankenvergleich
- 18 Eine Lanze für die Dual-Lehre
- 18 Nicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit,
sondern gleichen Lohn für gleiche Leistung
- 18 Hausgemachte Schulden dominieren
- 19 ARS Electronica Center
mit Siemens Gebäudetechnik

ENERGIE

- 20 Rekordsommer für Wasserkraft
- 20 Unterstützung für Biogas
- 20 Energie AG baut Trinkwasserversorgung weiter aus
- 21 Pellets mit Abstand größter Feinstaubemittent

POLITIK

- 22 Verwaltungskosten Österreich - EU
- 23 ÖVP erneuert schwarz-grüne Links-Koalition
- 24 Von der Polizei zu den Gerichten
- 35 José Emanuel Barroso-
Porträt eines Chamäleons
- 35 Borkenkäferplage hausgemacht
- 36 Wo steht die Zeitbühne?

UMWELT

- 26 Während die Sonne schläft
- 27 Es wird kühler
- 27 Ausgewogene Berichterstattung
- 27 Der Irrsinn von Kyoto und der Politik
- 28 Über den Sinn und Unsinn
von Klimaschutzmaßnahmen

PRESSESPIEGEL

- 32 Gerechtigkeit für Leistung
- 32 Deutschland zahlt U-Boote für Israel
- 32 Solarstaatsdebakel
- 32 Mißbrauch
- 33 Symbiose aus SP und Schmarotzern
- 33 Skandalplan
- 33 Staat in der Schuldenfalle
- 33 Erpreßter Rechtsstaat

AUSLAND

- 34 Minarette, die Bajonette gegen den Westen
- 34 Münzsammler= Schwarzgeldbesitzer?
- 34 Stehen beim Fliegen

BÜCHER

- 37 Das Jahr, in dem die Mauer fiel
- 38 Stauffenberg
- 38 Die Lüge der Klimakatastrophe
- 39 Rote Lügen im grünen Gewand
- 39 Kinder der Schande

Titelfoto: Energie AG, Wasserkraftwerk Pucking



Verleumdung

Von Brigitte Zachl

Ganz Österreich ist rechtsradikal und Oberösterreich ist eine Hochburg. Mit diesem Totschlagargument verleumdet man pauschal einen Großteil der Bevölkerung. Sogar das Brauchtum wie im Salzkammergut muß dafür herhalten, den latenten Rechtsextremismus zu belegen.

Doch was ist an dem Vorwurf wirklich dran? Nichts. Denn den glatzköpfigen Randalieren geht es nicht um Wiederbetätigung, sondern ums Randalieren an sich und ab und zu stellt sich heraus, daß solche Aufmärsche von Linken initiiert wurde. So wie auch Jugendliche dafür bezahlt wurden, daß sie den Hitlergruß zeigen. Im Gegenteil, Statistiken ergeben eine Zunahme von linksextremen Gewalttaten, aber da nicht sein kann, was nicht sein darf, schweigt man darüber diskret.

Um nicht von Fakten Lügen gestraft zu werden, muß das Gespenst des Rechtsextremismus künstlich beatmet werden, um am Leben zu bleiben. Deshalb wurde vor der öö. Landtagswahl auch die NVP verboten. Es hätte sich ja herausstellen können, daß diese Partei gerade einmal ein paar hundert Stimmen bekommt und einen so drastischen Beweis für die Haltlosigkeit des Vorwurfs kann man nun wirklich nicht brauchen.

In der veröffentlichten Meinung ist alles, was nicht links ist, rechts, und rechts heißt rechtsextrem. Wer eine bürgerlich-konservative Einstellung hat, ist nach gängigem Sprachgebrauch rechtsextrem. Links zu sein ist dagegen gut, ungeachtet dessen, daß der Kommunismus weltweit russischen Historikern zufolge 200-300 Millionen Todesopfer gefordert hat.

Das Totschlagargument wird bei jeder Gelegenheit verwendet. Thematisiert jemand Probleme wie etwa mit Zuwanderern, die es unübersehbar gibt, ist er ausländerfeindlich und somit rechtsextrem. Nimmt sich ein Politiker des Problems an, ist er rechtsradikal. Mittlerweile haben aber sogar SPÖ und ÖVP begriffen, warum ihnen die Wähler abhanden kommen und so sind auch rote Bürgermeister einem Wachdienst nicht mehr abgeneigt.

Die Keule wird so effektiv eingesetzt, natürlich unterstützt von den meisten Medien, daß viele es nicht mehr wagen, ihre eigene Meinung so sagen, sofern sie sich diesen Luxus überhaupt noch leisten. In persönlichen Gesprächen zeigt sich, daß die Mehrheit Probleme zwar erkennt, doch sie schweigt. Zustimmung kommt vielfach auch aus völlig

andersgerichtetem politischen Lager. Nicht selten lautet die abschließende Bemerkung solcher Gespräche: Aber das darf man ja nicht sagen. Ist das die Meinungsfreiheit, die in der Verfassung garantiert ist? Dann muß man Angst haben um dieses Land. Doch ohne die Servilität der Masse wäre diese Politik gar nicht möglich.

Vor der letzten Landtagswahl wurde eindringlich vor einem Rechtsruck gewarnt, eine schwarz-blaue Koalition wie unter Schüssel müsse um jeden Preis verhindert werden, was viele Oberösterreicher jedoch nicht daran gehindert hat, wenigstens in der Wahlzelle zu sagen, was sie denken. Dies sicher nicht, weil sie rechtsradikal sind, sondern weil sie sich eine Lösung jener Probleme erhoffen, die die anderen Parteien einfach ignorieren und damit vergrößern. Was soll jemand wählen, der als einer von zwei Österreichern in einer Klasse mit lauter Ausländern saß, der an der Straßenbahnhaltestelle grundlos zusammengeschlagen wurde, der Opfer eines Einbruchs wurde und der sich dann noch anhören muß, er wäre rechtsextrem, weil er die Ausweisung krimineller Ausländer fordert. So zu tun, als gäbe es dies alles nicht, ist nicht nur dumm, es ist Hochverrat am eigenen Volk. Und es löst keine Probleme, es macht sie erst. Nach heutiger Sprachregelung sind ausländische Mitbürger grundsätzlich eine Bereicherung, für die wir dankbar zu sein haben, ganz egal, ob es sich um Drogenhändler, Scheinasylanten oder Einbrecher handelt. Einem Opfer fällt es eben schwer, das so zu sehen, was im übrigen auch für inländische Kriminelle gilt. Wohlgermerkt, die Rede ist von integrationsunwilligen, kriminellen und unser Sozialsystem ausbeutenden Ausländern, nicht von denen, die die Gesetze des Gastlandes und dessen Bevölkerung respektieren. Auch seit Jahren Integrierte fordern härtere Konsequenzen. Auch daß mehr als die Hälfte aller Sozialhilfeleistungen für Ausländer aufgewendet wird und damit unser Sozialsystem kippt, kann uns nicht gleichgültig sein.

Ob Mitläufer, Sympathisant oder Steigbügelhalter, von den Folgen einer völlig verfehlten Politik wird niemand verschont bleiben. Und diese Folgen sind bürgerkriegsähnliche Zustände wie sie bereits in Griechenland, Frankreich, Schweden und Dänemark herrschen und die sich auf ganz Europa - auch Österreich - ausbreiten werden.



Die unterschlagene Asymmetrie

R. G. Kerschhofer

Mit dem Terminus „asymmetrische Kriegführung“ bezeichnet man gemeinhin bewaffnete Konflikte, bei welchen die eine Partei zwar wirtschaftlich und technologisch eklatant unterlegen ist, dies aber anderweitig zu kompensieren sucht - primär durch eine für die Gegenseite „unverständliche“ Opferbereitschaft ihrer Kombattanten und Zivilisten.

Daß die materiell Überlegenen auch ungleich mehr Macht über die Medien haben, bleibt - eben deshalb - ziemlich unterbelichtet. Doch genau diese Macht in Verbindung mit der aus durchsichtigen Gründen sorgsam genährten Illusion „Pressefreiheit“ im „freien Westen“ schafft es, in beträchtlichem Ausmaß die Wahrnehmung zu verzerren: Man sieht Gute, die sauber aus sicherer Entfernung Lenk Waffen abfeuern, und Böse, die als lebende Bomben andere mit in den Tod reißen, statt die eigene Unterlegenheit als gottgegeben hinzunehmen.

Warum manche ihr Leben so gering schätzen, wird einfach mit „Haßpropaganda“ erklärt, doch unterschlagen wird dabei, daß wie überall auf der Welt und zu allen Zeiten die Saat von Haßpredigern nur aufgehen kann, wenn die Gegenseite durch krasses Unrecht den Boden dafür aufbereitet hat. Und so wird eben mit dem pharisäischen Anprangern des sekundären Unrechts das primäre Unrecht erfolgreich verharmlost, ja mit der gezielt parteiischen Verwendung von „Terror“ und „Gegenschlag“ wird sogar der Ursprung des Konflikts hinweggeleugnet.

Beim Thema Nahost ist dieses Phänomen besonders stark ausgeprägt. So kommt es etwa, daß die ganze Welt Namen und Gesicht eines von der Hamas gefangenen israelischen Soldaten kennt, aber die 12.000 meist ohne Gerichtsverfahren in israelischen

Lagern und Kerkern festgehaltenen Palästinenser nicht einmal zur Kenntnis nimmt. So kommt es auch, daß keiner hinterfragt, ob die Aussprüche des iranischen Präsidenten richtig oder falsch wiedergegeben werden. Und so kommt es, daß - egal was man im Iran wirklich vorhat - eine weitere Asymmetrie völlig unter den Tisch gekehrt wird: Die Asymmetrie des Atomkriegs.

Israel kann mithilfe der von Deutschland gelieferten U-Boote und dank Satelliten-Navigation jedes Ziel in Europa, Afrika und Asien erreichen, punktgenau. „Islamische“ Atomwaffen hingegen - die in Pakistan und vielleicht eines Tages im Iran - haben selbst auf lange Sicht das Problem der Zielgenauigkeit. Selbst wenn dieses zu lösen wäre, würden sie gegen Israel eingesetzt auch im „günstigsten“ Fall unzählige Palästinenser und - was für Muslime noch viel schwerer wiegt - mit hoher Wahrscheinlichkeit eine der heiligsten Stätten des Islam, den „Haram al-Scharif“ in Jerusalem, in Mitleidenschaft ziehen. Kein muslimischer Potentat würde das riskieren - wenigstens nicht im Erstschlag. Im verzweifelten Gegenschlag wäre natürlich alles denkbar.

Das Privileg des atomaren Erstschlags hat also de facto nur Israel, und das ist der grundlegende Unterschied zum Kalten Krieg, als das „Gleichgewicht des Schreckens“ den Einsatz von Atomwaffen verhinderte. Das pharisäische Gezerre um den Iran kann daher nur bezwecken, das primäre Unrecht in Palästina zu verewigen. Im Nebeneffekt bleibt der Gegenseite ein Feindbild erhalten, ohne das sie die eigenen Leute gar nicht mobilisieren könnte, ja das genau jene Unterdrückung im eigenen Land zu rechtfertigen hilft, die der Westen in unermüdlichem Einsatz für „Menschenrechte“ zu bekämpfen vorgibt.



Das Eis ist dünn

Von Josef Zacht

Vor allem US-Amerikanische Banken, die mit Milliarden Staatsunterstützung vom Konkurs gerettet wurden, konnten ihre Schulden in wenigen Monaten zurückzahlen und weisen wieder hohe Gewinne auf. An der Börse herrscht zwar noch keine Jubelstimmung, doch manche Aktien steigen wieder. Das Schlimmste ist vorbei, es geht wieder aufwärts. Auch in Österreich hört man ähnlich beruhigende Meldungen. Doch stimmt das wirklich alles?

Es stimmt, daß manche Industrieunternehmen die Talfahrt einbremsen konnten oder sogar zum Stillstand brachten. Doch das bedeutet keinen Aufschwung, wie uns manche Gazetten weismachen wollen. Über uns schwebt das Damokles-Schwert der immer weiter steigenden Staatsschulden und die Schulden der Banken, die durch Staatshilfe gerettet wurden. Doch die Antwort, wie diese Schulden getilgt werden sollen, blieben uns die Politiker und auch die betroffenen Banken bisher schuldig.

Gewiß, Finanzminister Pröll hat einige durchaus vernünftige Vorschläge gemacht, doch - das kann doch nicht alles gewesen sein? Und sogar dieses Wenige wurde von den Betroffenen umgehend abgelehnt. Eine einheitliche Regelung für alle Beamten in Bund und Ländern - Nein! Wiedereinführung der Studiengebühren - sofort gab es Straßendemonstrationen und Hörsaalbesetzungen! Abschaffung der sogenannten „Hackler-Regelung“, die einst für Schwerarbeiter (Hochofen!) als frühzeitige Pensionierung ohne Abzug vorgesehen war - nicht mit uns! In Wahrheit sind nur 14 Prozent Arbeiter Nutznießer dieser Regelung, der Rest sind Angestellte und überwiegend Beamte.

Wenn die Regierung weiterhin so behutsam mit Sparvorschlägen statt - Forderungen umgeht, landen wir alle im finanziellen Chaos. Dann kann die Sanierung der Staatsfinanzen nur mehr mit Geldentwertung oder Inflation erfolgen. Soziale Unruhen wären die Folgen und das können nur jene politischen Gruppen wollen, die - welcher Farbe auch immer - daraus politisches Kapital schlagen werden.

Wie wäre es, wenn man die unter Präsident Fiedler ausgearbeitete Staatsreform endlich auf den Tisch legen würde, der Bevölkerung vorlegt und erklärt? Dieser Plan liegt seit Jahren der jeweiligen Regierung vor und keine war bereit, darüber auch nur zu reden. Man braucht nicht immer neue Schulden, die nur Geld kosten und in Wahrheit der Verzögerung dienen.

Es gibt so viele Möglichkeiten zum Sparen, die man nicht erst suchen müßte. Die Landesregierungen und Landtage könnten ersatzlos abgeschafft und statt dessen der Bundesrat aufgewer-

tet werden. Die unterschiedlichen Jugendschutz-, Jagd- oder Baugesetze wären eine Lachnummer, würde damit nicht unser Geld verschleudert werden. Von den Milliarden, die alljährlich für Entwicklungshilfe und die verschiedenen Sozialvereine ausgegeben werden, ist die Hälfte verbranntes Geld. Man soll Menschen aus der Dritten Welt ausbilden, aber in ihrer Heimat, und ihnen die erforderlichen Werkzeuge zur Verfügung stellen - mehr nicht! Statt dessen werden von Entwicklungshelfern und Freiwilligen Arbeiten in diesen Ländern ausgeführt, während die einheimischen Arbeitslosen spazieren gehen. Oberste Aufgabe der Sozial- und Integrationsvereine ist offensichtlich die Sorge um eine möglichst zahlreiche Klientel.

Vor allem müßte man der Bevölkerung die ganze Wahrheit über die finanzielle Lage des Staates aufzeigen und auch die Folgen für uns alle, wenn wir alles weiter so laufen lassen. Dann aber müssen die Reformen nach einem exakten Zeitplan durchgeführt werden. Alles andere wäre nur ein weiteres Hinausschieben dessen, was dann unausweichlich kommen würde. Und es muß offen gesagt werden, daß wir jahrzehntelang über unsere Verhältnisse gelebt haben. Das Ergebnis waren die ständig steigenden Staatsschulden.

Wenn die Staatsschulden im nächsten Jahr auf 80 Prozent des BIP steigen werden, dann ist nur der geringste Teil davon durch die Finanzkrise herbeigeführt worden, denn die Schulden lagen schon vorher nahe bei 60 Prozent des BIP. Und auch diese Regierung spielte wie ihre Vorgänger den Weihnachtsmann, die sicherste Methode wieder gewählt zu werden.

Griechenland hat gezeigt, wie es einer Regierung geht, die vor der Wahl ein Sparprogramm vorlegt. Sie wurde abgewählt. Gesiegt haben die Sozialisten, die trotz hoher Schulden Ausgabenerhöhungen zur Freude der Wähler versprochen.

Das einzig Richtige wäre die Methode Neuseelands. Dieser Staat war durch seine verkrustete Verwaltung und lähmenden Auflagen für die Wirtschaft in einer Österreich ähnlichen Situation. Man setzte schlagartig alle Verwaltungsgesetze außer Kraft und schaffte durch deutlich weniger und vor allem weniger einengende Gesetze einen gesunden Staat.

Was immer auf uns zukommen wird, es sind nicht die Politiker allein, die die Schuld für die heutige Situation tragen, es sind die Wähler mit immer neuen Wünschen und Forderungen, die von wenig standhaften Politikern allzu willig erfüllt wurden. Mut zur Wahrheit hat nichts mit Pessimismus zu tun, wenn man gleichzeitig den Weg zur Gesundung aufzeigt.

Oder wollen wir fröhlich weitertanzen, bis das schon längst brüchige Eis bricht?

Die Zukunft der Energieversorgung in Oberösterreich

Ein Energietechniker bittet um ein wenig Mathematik und viel mehr Ehrlichkeit!

Von Helmuth Bumberger

Die Nachricht, daß Tschechien in Temelin zwei weitere Maschinensätze mit je 1300 Megawatt (das entspricht 10 mal einem Donaukraftwerk Aschach) errichten will, hat vor allem in Oberösterreich die erwarteten lauten Proteste ausgelöst. Als Begründung für die Investitionsentscheidung wurde angegeben, daß man nach Prüfung aller Alternativen - auch jene der bekannten erneuerbaren - diesen Schritt für die Sicherstellung der Stromversorgung in unserem Nachbarland für notwendig hält.

In den österreichischen Reaktionen gab es zu diesem Thema nur recht Unkonkretes: „Wir gehen einen anderen Weg“ - „Wir haben bereits die Energiewende eingeleitet“.

Auf der Suche nach jemandem, der sich für Oberösterreich mit Zahlen und Fakten mit dieser Frage beschäftigt, stolpert man vorerst über die Funktion des Landesenergiebeauftragten Dr. Dell. Nun kennen wir diesen nur als Zuarbeiter der Grünen, wenn er einschlägige Preise verleiht und Solarpaneele eröffnet. Diese Verwunderung ist aber unzulässig, wenn man weiß, daß Dr. Dell dem grünen Landesrat Anschober unterstellt ist. Wir zahlen halt wieder einmal für eine Funktion, ohne das einzig wichtige Resultat zu erhalten.

Man kann aber aus dem Material an Daten und anderen Informationen schon ableiten, wie der oberösterreichische Weg aussieht.



Kernkraft

Bei der Durchsicht der Möglichkeiten sei nur der Ordnung halber die Kernkraft erwähnt. Unsere Pädagogen haben es geschafft, daß wir heute in dieser Frage eine satte Mehrheit der Ablehnung vorfinden würden. Obwohl wir damit langsam auf der Welt ziemlich isoliert dastehen, haben wir Österreicher uns entschieden, von der Kernkraft nichts verstehen zu wollen und uns vor ihr zu fürchten.

In diesem Kapitel gibt es aber einen Vorschlag an die zukünftige Landesregierung. Man sollte wegen erwiesener Erfolglosigkeit die Lachnummer eines Anti-Atom-Beauftragten und das Sponsoring der verschiedenen einschlägigen Vereinigungen ersatzlos streichen. Der eingesparte hohe Betrag würde dem Landesbudget gut tun, auch unser Image nicht nur beim nördlichen Nachbarn könnte sich dadurch nur verbessern.

Die Kernkraft bleibt für uns, ob wie wollen oder nicht, insofern von Bedeutung, als wir als Stromimporteur darauf angewiesen sind und sein werden, daß es Länder gibt, die Überschüsse verkau-

fen wollen, das können aber nur Länder mit großem Anteil an Kernenergie sein.

Wasserkraft

Die Wasserkraft ist für Österreich eine der wenigen Möglichkeiten, elektrische Energie zu erzeugen, bei der wirklich alles stimmt. Vom hohen österreichischen Anteil bei der Errichtung der Kraftwerke bis zur Emissionsfreiheit.

Daß dies die Bundesregierung erkannt hat, hat zu einem so genannten Masterplan für deren Weiterentwicklung geführt. Es wird wohl eines gewaltigen Kraftaktes bedürfen, diesen auch umzusetzen und solange de facto Grüne und Kronen-Zeitung das Land regieren, wird es wohl bei Ansätzen bleiben.

Immerhin geht im südlichen Österreich doch einiges weiter, während wir in Oberösterreich durch die grüne Regierungsbeteiligung nur eine tiefe Bremsspur vorfinden. Die Energie AG hat klugerweise gar kein größeres Projekt thematisiert, denn es wäre unter Anschober mit Sicherheit dauerhaft gekillt worden.

Trauriger Beweis ist der Rannatal-Speicher, wo es darum ging, einen vorhandenen Staudamm aufzustocken, um wertvolle Spitzenenergie zu erzeugen. Daß dies einem engen Flußlauf durchaus gut tun kann, kann man sich jederzeit beim Kraftwerk Klaus anschauen und bei den Anrainern erfragen.

Bei uns hat man im Rannatal aber auf den Steinen

angeblich schützenswerte Flechten gefunden, was ausreichte, um das Projekt sofort abzublasen. Damit unsere Kinder, die vielleicht gescheiter sind als wir, dort aus eigenem nichts mehr machen können, hat man eifrig der EU das Gebiet als Natura 2000 Gebiet nachnominiert - Game over.

Die beiden von den oberösterreichischen Grünen gnädig und als Beweis für ihre positive Einstellung zur Wasserkraft tolerierten Ausbauprojekte bei Lambach und Goisern - Anschober spricht von ihnen schon als Großprojekte - bringen zusammen nicht die Energiemenge, die das vom selbem Herrn Anschober wegen seiner lächerlich geringen Erzeugung als entbehrlich bekämpfte Traunkraftwerk Lambach. Im übrigen mußte die Energie AG endgültig auf den weiteren Ausbau der Traun verzichten.

Biomasse

Als Bewohner eines waldreichen Landes haben wir auch noch die Biomasse, die wir nur entsprechend fördern müßten, um ein großes Loch in unserer Energiebilanz zu stopfen. Aber auch hier müssen wir nach Blick auf die Zahlen auf den harten Boden der Realität zurück.

Eine Studie unseres Landwirtschafts-Ministeriums hat ergeben, daß wir, wenn es gelänge, 100 % des jährlichen Zuwachses unserer Wälder herauszuholen und energetisch zu nutzen, damit jährlich 1,1 Milliarden m³

Gas ersetzen könnten, was einem Viertel der derzeit aus Rußland importierten Menge entspricht. Womit wir die restlichen drei Viertel einmal substituieren wollen, bleibt offen. Bei der aus dem Ackerboden erzeugbaren Energie haben wir ja bereits in den letzten Jahren erlebt, wie enden wollend diese Energieform bei uns ist.

Kohle

Kohle darf hier auch nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden. Obwohl ein stabiler günstiger Preis, die Möglichkeit der Lagerhaltung und große Fortschritte bei den Verbrennungstechnologien dafür sprechen, steht diese Energieform auf der grünen NEIN-LISTE und kommt in Oberösterreich daher nicht in Frage. Konkret wurde es der Energie AG verboten, eine einstellige Beteiligung an einem Kohlekraftwerksprojekt in Deutschland einzugehen, mit der eine entsprechende Bezugsgarantie verbunden gewesen wäre. Andere Bundesländer hatten hier weniger Berührungspunkte.

Ein von der Energie AG geplantes Kohlekraftwerk beim Ennschafan wurde bereits vor den Wahlen für den Fall eines Wiedereintritts der Grünen in die Landesregierung für tot erklärt.

Gas

Gas hat den Vorteil, daß es die grüne Akzeptanz besitzt, das hat dazu geführt, daß es in Österreich derzeit Projekte mit zusammen 400 Megawatt gibt, wovon wir anlässlich der letzten Durchleitungsprobleme auch in der breiten Öffentlichkeit erfahren haben. Optimisten sprechen nach Fertigstellung der Nabucco-Pipeline bei

Strom aus Gas bereits von Eigenversorgung. Dazu können sich nur Hellseher konkret äußern. Hohe Rechnungen an ausländische Lieferanten und Erpreßbarkeit bleiben Realität.

Photovoltaik

Aber der oberösterreichische Weg setzt ja ohnehin auf alternative Energien und gerade jetzt wird mit viel Jubel der Bau des größten Photovoltaik-Kraftwerks in Österreich in Eberstanzell angekündigt.

Die wieder einmal vergewaltigte Energie AG schreibt in ihrer Werbung wider besseres Wissen von einem wesentlichen Beitrag für die Energieversorgung in Oberösterreich. Eine einfache Rechnung zeigt uns, daß diese Anlage nicht nur die teuerste und unzuverlässigste Einspeisung ins Netz der Energie AG liefert, sondern dort auch nur einen Beitrag von 0,014 % leistet.

Um diese Größenordnung noch besser zu beleuchten: Man müßte 73 Stück Solarkraftwerke vom Typ Eberstanzell, das Stück zu 6 Millionen Euro und jeweils 10.000 m² Paneelfläche in unser Land stellen, um nur die Energieerzeugung des schon erwähnten Traunkraftwerkes Lambach zu bekommen.

Ein Wasserkraftwerk bräuchte nur 200 Kilowatt Maschinenleistung, um das gleiche zu erzeugen. Das Donaukraftwerk Aschach braucht nur 4 Stunden um die Jahresproduktion von Eberstanzell zu liefern, einer der zwei Maschinensätze in Temelin 1 Stunde.

Hier wird nicht nur das Geld der Stromkunden verbrannt, sondern auch das ganze Land zum Narren gehalten. Da sich in der Photovoltaik seit Jahrzehnten praktisch

kein Fortschritt zeigt, sollte man den Anbietern – so wie es bei jeder anderen nicht markttauglichen Technik selbstverständlich ist – sagen, sie mögen auf den Markt zurückkommen, wenn sich das Preis/Leistungsverhältnis ihrer Produkte um mindestens den Faktor 5 (besser 10) verbessert hat.

Jetzt muß man aber noch einen Blick auf die „grünen Jobs“ machen. Spanien ist in der EU das Land mit den größten Investitionen in alternativer Energie und hat auch einige gute Voraussetzungen (Sonneneinstrahlung, Landpreis, Wind). Die Arbeitslosigkeit ist aber mit 18 % die Doppelte des EU-Durchschnitts.

Somit hat man die Universität Madrid beauftragt, der Frage der Arbeitsplatzbeschaffung durch Alternativ-Energie nachzugehen. Das Resultat ist ernüchternd: Obwohl diese Jobs oft nur kurzzeitig Bestand haben, muß jeder mit 752.000,— bis 800.000,— \$ gestützt werden. Gleichzeitig verursacht ein solcher Job den Verlust von 2,2 Arbeitsplätzen in anderen Bereichen. Die Ursache liegt vereinfacht dargestellt darin, daß die Verwendung der limitierten Geldmittel für wirtschaftlich unsinnige Projekte zu einem Fehlen der Mittel in anderen Bereichen der Wirtschaft führt. Ein Volk, das seine Ressourcen in wirtschaftlich sinnlose Spielereien investiert, wird verarmen, das ist eigentlich verständlich. Übrigens haben diese Erkenntnisse in den USA die Obama-Administration sehr nachdenklich werden lassen und die Meldungen der Grünen, daß die USA jetzt voll auf die Alternativ-Energien aufspringen, sind sehr zu relativieren.

Der oberösterreichische Weg wird also auch in

Zukunft darin bestehen, massiv zu importieren. Mit Erstaunen haben wir gehört, daß einige Beteiligte die Zusammenarbeit mit den Grünen im Lande als Erfolgsgeschichte bezeichnet haben. Für den Energiebereich gilt dies ganz sicher nicht. Während alle Projekte, die der Energiebilanz wirklich geholfen hätten, abgewürgt wurden, haben die tüchtigen Selbstvermarkter die Bevölkerung mit teuren Spielereien abgespeist, die man in der Energiebilanz mit der Lupe hinterm Komma suchen muß.

Auch wenn uns bisher ein Black-Out erspart geblieben ist und uns die Wirtschaftsdelle eine Atempause verschafft hat, sollten wir gerade, was die sichere Stromversorgung betrifft, sehr verantwortungsbewußt agieren.

Angesichts der Tatsache, daß wir auf diesem Sektor im wesentlichen von der Leistung unserer Großväter leben, wäre es an der Zeit, wieder einige effektive Projekte vor allem im Bereich der Wasserkraft durchzuziehen, damit unsere Generation ihren Enkelkindern angesichts gewaltiger Strom- und Gasrechnungen mehr zu zeigen hat, als die Flechten auf den Steinen im Rannatal.

Komm.Rat Ing. Helmuth Bumberger war jahrelang Vorstand eines internationalen elektrotechnischen Unternehmens, ist außerdem Vorstandsmitglied des Verbandes selbständig Wirtschaftstreibender und beschäftigt sich als Vorstandsmitglied des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich - Verein zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich - mit Fragen der Energieversorgungssicherheit.

Ein Affront gegen die Industrie ÖVP erneuert schwarz-grüne Links-Koalition

Nach sechs Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit in Oberösterreich kann man die Grünen doch nicht in die Wüste schicken, tönte es von der ÖVP. Erfolgreich? Ja, allerdings nur für die Grünen.

6 erfolgreiche Jahre für die Grünen

Der Siegeszug der Grünen begann bereits im Verlauf der Koalitionsverhandlungen im Jahr 2003. Rudolf Anschöber erhielt das größte Aufgabengebiet, das je ein Landesrat in Österreich innehatte - etwa die Kompetenzen von 2 1/2 Landesräten:

- o Energie und Rohstoffe
- o Grund- und Trinkwasserwirtschaft
- o Oberflächengewässer-Wirtschaft
- o Preisbestimmung und Preisüberwachung
- o Sanitätsdienst, Lebensmittelaufsicht und Koordination für die Bereiche der Gentechnik
- o Umweltschutz, Umweltakademie und Anti-Atompolitik
- o Wasserschutz
- o Wildbach- und Lawinenverbauung
- o Finanzielle Hilfe in besonderen Lebenslagen
- o Umweltbau- und Anlagenberatung, Angelegenheiten der Chemie und Luftreinhaltung

Mit dieser Macht ausgestattet, hatte der grüne Landesrat in die Kompetenzbereiche fast aller übrigen Regierungsglieder Einfluß und er nützte seine Macht auch.

1 Jahr Grün regiert

In diesem Buch kostete Anschöber seine ersten Triumphe etwas zu überheblich aus. Das Buch war blitzschnell „vergriffen“.

o Nach der Wahl verkündete Pühringer, daß wir den sechsspürigen Ausbau der Innviertler Autobahn nicht brauchen - für den Straßenbau-Landesrat Franz Hiesel bis zur Wahl unermüdlich die Be-

völkerung aufklärte. Statt dessen bauen wir Lärmschutzwände, die auch bei sechs Spuren vorgesehen waren. Fachleute untersuchten den künftigen Bedarf und planten, Politiker entscheiden über die Köpfe hinweg.

Der zweite Streich war die Verhinderung des baureifen 2. Ranna-Speicherkraftwerkes. Der angebliche Grund dafür war eine Flechte, die jedoch außerhalb des Staubereiches wächst. Und damit das nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, wurde das Gebiet als Natura 2000 gewidmet. Ein Grüner bei der 1-Jahresfeier: „Wir haben sie (die ÖVP) vor uns hergetrieben.“

Das grüne Ziel: Energieabhängigkeit und Energiekosten erhöhen

Die von den Grünen angekündigte Energie-Autarkie mittels Windrädern, Solartechnik usw. ist nicht etwa Schwachsinn, sondern gezielte Volksverdummung. VP-Umweltminister Berlakovich leistet den Grünen mit einem Autarkie-Inserat auch noch Wahlhilfe. Daß die Energiekosten drastisch erhöht werden müssen, forderte einst Van der Bellen. Anschöber erreicht dieses Ziel mit seiner „Energiewende“. Das von der Energie AG der Landesregierung vorgelegte Konzept, in dem sie von den möglichen Wasserkraftwerken in Oberösterreich mit insgesamt 2,750 GWh nur Standorte mit 500 GWh vorschlug, wurde von Schwarz-Grün nicht einmal ignoriert.

Statt dessen fördert man Windkraft, deren Stromkosten 30 bis 40 Mal höher liegen als bei Wasserkraft, oder Photovoltaik, wo die Stromkosten mehr als 11 Mal höher liegen. Oberösterreich vergeudet jähr-

lich Millionen für die Bekämpfung des KKW Temelin, muß jedoch auch von dort Strom kaufen. Ohne Kernkraft könnte uns kein Land Strom liefern und wir hätten Jahr für Stromausfälle.

Zielscheibe Verkehr

Die Grünen sprechen es offen aus: „Unser Endziel ist das Verbot des Privatautos, wobei es für Politiker Ausnahmen geben muß.“

Straßenbauten wurden jahrelang verzögert, weil das Budget dafür in das grüne Ressort wanderte. Zur Geschwindigkeitsbeschränkung auf der A1 wurde die Feinstaubmessung auf einem Parkplatz neben einem LKW mit laufendem Motor durchgeführt. Soweit die grünen Methoden.

Die Industrie, Feindbild Nr 1 der Grünen

Ziel der Grünen ist die schleichende Entindustrialisierung des Landes. Nur 2 Beispiele: Von der EU neu festgesetzte Emissionsgrenzwerte wurden von Anschöber um Jahre vorgezogen, was die Industrie mit enormen Summen, die Voest mit Mio Euro, Jahre vor ihrer ausländischen Konkurrenz belastete. Anschöber: Wenn die anderen das einführen, haben wir das schon vor ihnen. Kurz vor der Wahl vergrößerte Anschöber das Linzer Wasserschutzgebiet grundlos um das Achtfache. Jetzt hat er die Macht, das auch durchzusetzen. Für die Industrie bedeutet das hohe Belastungen und in der Folge schleichende Abwanderung.

Pühringers Wahlsieg

Es war vor allem sein persönlicher Wahlsieg, daran gibt es nichts zu rütteln. Mit der erreichten absoluten Mehrheit

hat Pühringer wohl selbst nicht gerechnet. Allerdings sollte man in der ÖVP nicht vergessen, daß sie einen Teil ihrer Stimmen dem plumpen Wahlkampf der Sozialisten und vor allem Erich Haiders Auftritten verdankt.

Die ÖVP hat die Chance verpaßt, aus einer Position der Stärke mit einer dezimierten SPÖ und ihrem neuen Vorsitzenden eine große Koalition mit einer eindeutigen Mehrheit zu bilden. Eine Koalition, die der Wirtschaft und damit der gesamten Bevölkerung nur gut getan hätte.

Wirtschafts-Landesrat Sigl wollte man weglocken, was nicht gelang. Dann gab es vorübergehende Überlegungen, die Forderungen der Industrie doch zu erfüllen und die Energie dem Wirtschaftsressort zuzuordnen.

Anschobers Reaktion sinngemäß: Die sollen sich nicht zu früh freuen, denn die Kraftwerke unterliegen der Umweltverträglichkeitsprüfung, und die liegt weiterhin bei mir. Er hätte somit auch ohne Energiekompetenz jedes Kraftwerk endlos verzögern und verhindern können.

Damit gab er auch offen zu, daß ihm die Urteile seiner Fachbeamten völlig egal sind. „ER“ entscheidet, was richtig oder falsch ist. Doch Anschöber setzte sich einmal mehr durch und die Energie bleibt bei den Grünen.

Resümee

Es geht nicht nur darum, daß die Industrie durch die Kompetenzverteilung brüskiert wurde, sondern darum, daß damit erneut eine Energiepolitik zum Schaden des ganzen Landes ebenso wie künftige Auseinandersetzungen vorprogrammiert wurden.